



18

AB

**Die neue
Volkspartei**

Rathausklub Wien

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte DI Elisabeth OLISCHAR, Mag. Manfred JURACZKA und Dr. Fritz AICHINGER, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 29.06.2020 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales)

betreffend informative Besprechung des Voranschlages und des Rechnungsabschlusses der Stadt Wien

Der Informationsgehalt der Voranschläge und der Rechnungsabschlüsse der Stadt Wien hat sich in den letzten Jahren gewiss etwas erhöht (Finanzschuldenbericht, Beteiligungsspiegel und -bericht, etc.), dennoch sind viele Hintergrundinformationen über die Haushaltsstellen, die in nackten Zahlen dargelegt werden, nicht ersichtlich. Das gilt umso mehr, als durch die neue Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung per 2020 ein integriertes Verbundrechnungswesen, bestehend aus einem Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushalt, eingeführt wurde. Eine Erläuterung und Besprechung der einzelnen Haushaltsstellen – welche Projekte stehen hinter den Summen, warum wurden die Mittel an dieser Stelle erhöht, etc. – findet derzeit nicht in einem zeitlich adäquaten Rahmen statt, entgegen den Ankündigungen wurde zum RA 2019 den Fraktionen auch nicht die Eröffnungsbilanz übermittelt.

Aus diesem Grund ist eine vorangehende Budget- und Rechnungsabschlussberatung wünschenswert, wobei in eigens angesetzten Gemeinderatsausschusssitzungen der einzelnen Geschäftsgruppen die einzelnen Budgetkapitel besprochen und diskutiert sowie die entsprechenden Informationen mit den zuständigen Stadträtinnen und Stadträten und leitenden Beamten erfragt werden können. Die gemeinsame Sitzung des Wiener Stadtsenates mit dem Finanzausschuss ist offenkundig für eine derartige ausführliche Besprechung und Informationseinholung nicht geeignet.

Bei diesen Sitzungen der Ausschüsse steht der Informationscharakter im Vordergrund; das im Sinne der Wiener Stadtverfassung bestehende „*Vorberatungs- und Beschlussmonopol von Finanzausschuss, Stadtsenat und Gemeinderat*“ (Bericht des ehemaligen Finanzstadtrates Dr. Sepp Rieder zu einem Antrag vom 22.11.2004) soll davon nicht berührt werden.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Wien spricht sich dafür aus, dass künftig der Beschlussfassung bzw. Genehmigung des Voranschlages bzw. des Rechnungsabschlusses der Stadt Wien eine informative Besprechung der „Budgets“ der einzelnen Geschäftsgruppen in Sitzungen der jeweiligen Gemeinderatsausschüsse vorangeht.

In den informativen Besprechungen stehen die amtsführenden Stadträtinnen und Stadträten sowie die leitenden Beamtinnen und Beamten des jeweiligen Ressorts in Zusammenwirken mit den Verantwortlichen des Gemeinderatsausschusses der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales den Ausschussmitgliedern mit entsprechenden ausführlichen Auskünften zur Verfügung.

Gegebenenfalls sind notwendige Änderungen der rechtlichen Bestimmungen der Wiener Stadtverfassung in die Initiative einzubeziehen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung des Antrages an den Gemeinderatsausschuss der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales verlangt.

Wien, 29.06.2020


